



Eisenacher Aufbruch

Einzig, aber nicht Artig, überzeugen Sie sich selbst

[Home](#)

Politik	Über uns	Stadtrat	Wahlen	Impressum	Links	Archiv	Druck- version
Schwerpunkte	Aktuelles	Termine	Umwelt				

Keine Schulschließungen! Stoppen wir den Geheimplan!	2009-05-19
Brief an Wahlausschuss wegen Nichtzulassung NPD	2009-05-04
Presseerklärung zu Ordnungsgeld	2009-04-30
Solidarität für Arbeitsplätze	2009-02-27

Keine Schulschließungen! Stoppen wir den Geheimplan!

Es ist ein Skandal, dass die Fortschreibung des Schulnetzplanes in Eisenach bis jetzt hinter verschlossenen Türen stattfindet ohne die betroffenen Eltern, Lehrer, Horterzieher und Kinder.

Offenbar will man die Katze erst nach den Kommunalwahlen aus dem Sack lassen. Diese Geheimhaltspolitik ist ein Betrug an den Eisenacher Bürgern und da macht der Eisenacher Aufbruch nicht mit. Es ist gut, dass sich die Betroffenen wehren!

Was steht in dem Geheimplan des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport?

1. Zusammenlegung der Grundschule „Am Petersberg“ und Oststadtschule
2. Zusammenlegung von Grundschule Neuenhof und Hörselschule
3. Das Gebäude der Mosewaldschule wird veräußert. Die Mosewaldschule wird in einem Anbau der Wartburgschule untergebracht.

Der Eisenacher Aufbruch ist gegen die Schließung dieser 3 Grundschulen. Grundschulkinder brauchen wohnortnahe Schulen mit kurzen und sicheren Schulwegen. Die Schulen müssen in der Regel zu Fuß für die Kinder erreichbar sein. Grundschulkinder brauchen kleine, überschaubare Schulen in denen sie sich geborgen fühlen mit einem Umfeld, das ihrem Bewegungsdrang entgegenkommt (Spielplätze, Grünflächen, Schulgarten etc.) Grundschulkinder brauchen kleine Klassen, damit sich die Lehrer um jedes Kind gut kümmern können.

Es ist nicht nachzuvollziehen, dass diese Grundschulen geschlossen werden sollen, obwohl für diese Schulen höhere Schülerzahlen erwartet werden. Worin soll denn die „höhere Qualität“ der Schulen bestehen, die laut Oberbürgermeister Doht nur mit weniger Schulgebäuden finanzierbar sei. Fast überall würden mit den Schulzusammenlegungen die Klassen größer.

Bei dieser Schulnetzplanung geht es offensichtlich nur um Geld und nicht um die Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Lehrer. Ginge es darum, was die wenigsten Kosten verursacht, dürften die Menschen gar keine Kinder in die Welt setzen. Was soll das Argument: Es sei kein Geld da. Geld ist da. Für das unnötige Parkhaus „Hinter der Mauer“ soll die Stadt jährlich 230 000€ Miete aufbringen. Dafür ist Geld da.

Die Eisenacher Bürger sollten gegen die geplanten Grundschulschließungen vorgehen und selbst entscheiden, wie das Schulnetz in Eisenach aussehen soll.

Das Gymnasium in Gerstungen wurde auch durch engagierten Bürgerprotest erhalten. Der Eisenacher Aufbruch unterstützt den Protest der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer! Es ist noch nichts entschieden.

[↑ Seitenanfang](#)

[Diesen Artikel hier als PDF downloaden!](#)

Brief an Wahlausschuss wegen Nichtzulassung NPD

Hiermit fordert der EA- Eisenacher Aufbruch den Wahlausschuss der Stadt Eisenach auf, die NPD nicht zur Wahl zuzulassen.

Aus folgenden Gründen sollte der NPD die Zulassung verweigert werden:

- mit unlauteren Mitteln versucht die NPD, politische Konkurrenten einzuschüchtern. So wurde das Schaufenster vom Büro des EA- Eisenacher Aufbruch mit Werbeaufklebern, die der NPD zuzuordnen sind, beschmutzt. Es muss damit gerechnet werden, dass auch im Wahlkampf die NPD aggressiv gegen demokratische Wahlkandidaten und politisch Andersdenkende vorgehen wird. Die NPD hat wiederholt bewiesen, dass sie demokratische Rechte für ihre Propaganda missbraucht, aber demokratische Rechte Andersdenkender nicht respektiert. Allein am 1. Mai 2009 wurden mindestens drei Fälle bekannt, wo NPD-Aktivistinnen oder -Sympathisanten Gewerkschaftskundengebungen überfallen haben (Dortmund, Rotenburg an der Wümme und Nordhausen in Thüringen).
- Mitglieder/Sympathisanten der NPD, die vor dem Bürgerbüro der Stadt Eisenach für Unterschriften zur Wahlzulassung der NPD warben, bedrängten Passanten massiv, um ihre Unterschrift zu erhalten. Dies wurde von mehreren Seiten berichtet. In einem, dem EA- Eisenacher Aufbruch geschilderten Fall wurde eine junge Frau gemeinsam von drei männlichen Personen, die dem Aussehen nach Rechtsradikale waren und für die NPD warben massiv bedrängt, ihre Unterschrift zu leisten. Aus Furcht ging sie der Aufforderung zum Schein nach. Diese Aussage kann vor einem Anwalt bezeugt werden. Die von der NPD vorgelegten Unterstützungsunterschriften für die Wahlzulassung sind also zumindest teilweise nicht freiwillig zu Stande gekommen und müssen daher angezweifelt werden.

Da sich die NPD auch in Eisenach in hohem Maße undemokratisch verhält, sollte sie zu den Kommunalwahlen nicht zugelassen werden.

Eisenach, den 04. 05. 09

[↑ Seitenanfang](#)

Der Vorstand des Eisenacher Aufbruchs

Presseerklärung zu Ordnungsgeld

Später Erfolg für Hofmann gegen den OB

Über zweieinhalb Jahre wehrte sich der Fraktionsvorsitzende des Eisenacher Aufbruch im Stadtrat, Fritz Hofmann, gegen ein Ordnungsgeld von 500 Euro. Jetzt hat das Verwaltungsgericht Meiningen einen Vergleich vorgeschlagen, dass das Ordnungsgeld auf 100 Euro herabgesetzt wird. Dieser Vergleich wurde sowohl vom Stadtrat als auch von Fritz Hofmann angenommen.

Zu Erinnerung: Im September 2006 wurden die Namen der Kandidaten für die Ämter des Bürgermeisters und des Dezernenten in der TLZ veröffentlicht, was Oberbürgermeister Doht als Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht wertete und mit Strafanzeige drohte. Fritz Hofmann erklärte daraufhin aus freien Stücken, dass er die Namen der Kandidaten an die Presse gegeben hatte.

OB Doht wollte aber offenbar ein Exempel statuieren, vielleicht auch einen unbequemen Stadtrat abstrafen, jedenfalls beantragte er im Stadtrat, ein Ordnungsgeld von sage und schreibe 1.250 Euro zu verhängen. Der Stadtrat hat dann in Abänderung des Antrags die Summe auf 500 Euro herabgesetzt.

Aber auch diese Strafe akzeptierte Hofmann nicht, der auch geltend machte, dass er freiwillig eine angemessene Summe (100 Euro) für einen guten Zweck gespendet hatte, um die Verantwortung für eventuelle Schäden durch die Veröffentlichung zu übernehmen.

Es stellte sich dann aber heraus, dass keinerlei Schäden für die Stadt entstanden sind. Hofmann legte gegen den Beschluss des Stadtrates zunächst erfolglos Widerspruch beim Landesverwaltungsamt ein und reichte anschließend eine Klage beim Verwaltungsgericht ein. Es zeigte sich, dass es der erste Fall in Thüringen war, dass jemand freiwillig zugegeben hat, Dinge an die Öffentlichkeit gebracht zu haben, die nicht öffentlich werden sollten. In allen anderen Fällen, wo vertrauliche Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, blieben die „Täter“ im Dunkeln. Daher hatte das Gericht keine vergleichbaren Fälle, auf die es zurückgreifen konnte.

Nach Abwägung aller Fakten kam das Gericht zu dem Vorschlag von 100 Euro, also exakt die Summe, die Hofmann bereits freiwillig gespendet hatte. In der Begründung führte das Gericht aus, dass „ein deutlich geringerer Betrag angemessen“ ist, und zwar ein „Betrag im untersten Bereich des gesetzlich vorgesehenen Rahmens“.

Abschließend heißt es im Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts:

„Das Gericht gibt den Beteiligten darüber hinaus zu bedenken, dass eine vergleichsweise und damit gütliche Einigung im vorliegenden Rechtsstreit auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Stadtratsmitglieder untereinander und des einzelnen Stadtratsmitgliedes mit der Verwaltung fördern würde.“

Mit anderen Worten: Man hätte die ganze Angelegenheit besser gleich einvernehmlich geregelt. Das war der Weg, den Fritz Hofmann mit seiner Ehrlichkeit und mit seiner freiwilligen Spende von 100 Euro angeboten hatte.

Das ist eine schallende Ohrfeige für den OB und auch für die Stadtrats-Mehrheit. Und ganz nebenbei ist es auch ein Sieg für die Pressefreiheit.

[↑ Seitenanfang](#)

Solidarität für Arbeitsplätze

An den Oberbürgermeister der Stadt Eisenach

Dringlichkeitsantrag an die Stadtratssitzung am 27. Februar 2009

Unterstützung der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie sowie in weiteren Branchen bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze

Der Stadtrat möge beschließen:

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sind in Eisenach und Umgebung viele Arbeitsplätze gefährdet. Aktuelle Meldungen über einen Verkauf von Opel Eisenach lassen die Sorgen in der Region wachsen, bei Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben noch mehr als bei Opel selbst. Die Beschäftigten sehen sich zunehmend mit einer Situation konfrontiert, wo sie um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und Entgelte kämpfen müssen.

Die Betroffenen sollen wissen, dass der Stadtrat der Stadt Eisenach, der Oberbürgermeister und die ganze Stadt hinter ihnen stehen und ihre Protest- und Kampfaktionen unterstützen. Das hat bereits der Opel-Aktionstag am 26. 02. 2009 gezeigt.

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, weiterhin öffentlich und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich zu machen, dass die Stadt Eisenach voll und ganz auf der Seite der Belegschaften steht, die um die Erhaltung der Arbeits- und Lebensmöglichkeiten in der Region kämpfen und ihnen jede mögliche Unterstützung zukommen lässt.

Begründung:

Das ganze wirtschaftliche und soziale Gefüge in der Stadt Eisenach und in der ganzen Region wäre in Frage gestellt, wenn wesentliche Betriebe in der Region wegbrechen oder Arbeitsplätze abbauen würden. Die Anzeichen mehren sich, dass die Krise auch für die Betriebe in der Region noch erhebliche Probleme bringen wird.

Es ist daher notwendig öffentlich deutlich zu machen, dass nicht nur die Opel-Belegschaft, sondern auch alle anderen möglicherweise betroffenen Belegschaften sich weiterhin, wie am 26. 02. 2009 eindrucksvoll demonstriert wurde, auf den vollen Rückhalt des Stadtrates und des Oberbürgermeisters verlassen können.

Eisenach, den 27.02.09

[↑ Seitenanfang](#)

Fritz Hofmann
Fraktionsvorsitzender